

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES STADTRATES VON OLTEN

vom 14. Februar 2022

Prot.-Nr. 021

Überparteiliche Interpellation Tobias Oetiker (Olten jetzt!), Lukas Lütolf (Grüne) und MU betr. Kosten bei der Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse/Beantwortung

An der Sitzung vom 27.(28. Januar 2022 haben Tobias Oetiker (Olten jetzt!) und Lukas Lütolf (Grüne) folgende Interpellation eingereicht:

«Wir bitten den Stadtrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Welcher Zeit-Aufwand entsteht bei der Beantwortung einer Interpellation in Stadtverwaltung und Stadtrat. Bitte illustriert die Antwort mit konkreten Beispielen.
2. Wie gross ist der Zeit-Aufwand einen Antrag zu beantworten als Grundlage für die Parlamentsdebatte über dessen Erheblichkeitserklärung. Bitte illustriert die Antwort mit konkreten Beispielen.
3. Was ist der durchschnittliche Stundensatz der Mitarbeitenden und Stadtratsmitglieder, die in die Beantwortung der Vorstösse involviert sind?
4. Welchen Zeit-Aufwand erzeugte die Beantwortung dieser Interpellation im Stadtrat und in der Stadtverwaltung.
5. Was hält der Stadtrat von der Idee bei der Beantwortung von Vorstössen den Aufwand mit anzugeben?

Begründung

Parlamentsmitglieder haben die Möglichkeit, ihre Anliegen mit kleinen Anfragen, Interpellation und Aufträgen in den politischen Prozess einzubringen.

Wir sehen drei Probleme in dem Bereich:

Grosse Anzahl – Im Oltnen Gemeindeparlament werden so viele Vorstösse eingereicht, dass jedes Jahr mehrere Sondersitzungen des Parlaments durchgeführt werden müssen und es oft mehr als ein halbes Jahr dauert, bis ein Vorstoss überhaupt behandelt werden kann.

Fehlende Vorabklärung – Anliegen aus Interpellation oder Aufträgen könnten oft mit einer E-Mail oder einem Telefonanruf geklärt werden.

Mangelnde Qualität – Die häufigsten Probleme sind: sprachlich unklare Formulierungen; mehrere Vorstösse, die das gleiche Problem betreffen; Vorstösse mit denen ein Thema angegangen wird, das vom Stadtrat bereits bearbeitet wird.

Die Antworten auf die obigen Fragen, erlauben es den Parlamentsmitgliedern, ein Gefühl zu entwickeln für den Aufwand, den ein Vorstoss in der Stadtverwaltung erzeugt. Dadurch soll längerfristig eine effizientere Kommunikation zwischen Stadtrat, GP und Verwaltung ermöglicht werden.»

Stadtpräsident Thomas Marbet beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Grundsätzliche Bemerkungen

In Sachen grosser Anzahl von Vorstössen stellt das Gemeindeparlament der Stadt Olten keinen Sonderfall dar. In vielen Fällen könnten die Anliegen – wie die Interpellanten richtig feststellen – auf schnellere und kostengünstige Weise abgeklärt und oft auch erledigt werden. Dass dies nicht geschieht, hat sicher auch mit dem öffentlichkeitswirksamen Effekt einer Einreichung und Behandlung eines politischen Vorstosses zu tun: Die Urheberinnen und Urheber zeigen sich und ihr politisches Tun der Öffentlichkeit und insbesondere ihrer Wähler/innenschaft.

Andererseits ist es auch sinnvoll, dass – insbesondere politisch motivierte – Aufträge und Anfragen nicht im Übermass von Parlamentsmitgliedern direkt an die Verwaltung gerichtet, sondern inhaltlich und auch mengenmässig über den Stadtrat kanalisiert werden. Die wachsenden Informationsanfragen von Behördenmitgliedern stellen für die Verwaltung eine hohe Belastung dar.

Für die Erhebung der Beantwortungskosten von Vorstössen sprechen Gründe der Kostentransparenz. Gegen die Erhebung spricht hingegen, dass Vorstösse nicht nur unter dem Aspekt beurteilt werden sollten, wie hoch die Kosten für ihre Beantwortung ausfallen, und durchaus einen weitaus grösseren Nutzen hervorrufen können. Diese Überlegungen haben übrigens bereits vor bald 20 Jahren im November 2003 dazu geführt, dass eine geplante und aufgezeigte Erhebungsmöglichkeit der Beantwortungskosten nicht umgesetzt wurde.

Zu den einzelnen Fragen

1. Welcher Zeit-Aufwand entsteht bei der Beantwortung einer Interpellation in Stadtverwaltung und Stadtrat. Bitte illustriert die Antwort mit konkreten Beispielen.

Da die entsprechenden Angaben bisher nicht erhoben wurden, können keine konkreten Beispiele aufgezeigt werden. Ausführliche Beantwortungen wie etwa zu den Themen Globalbudget, Pensionskasse oder Museen deuten in der Regel auch einen höheren Aufwand für deren Verfassung an.

Der Zeit- und Kostenaufwand umfasst folgende Positionen:

- Eigentliche Vorstossbeantwortung (verwaltungsintern) – sehr stark abhängig vom Gegenstand und vom Umfang eines Vorstosses
- Allfällige Abklärungen durch Dritte (extern)
- Behandlung im Stadtrat – ebenfalls abhängig vom Gegenstand eines Vorstosses
- Supportpauschale für Erfassung, Versand, Ablage sowie Vorbereitung und Nachbereitung der Behandlung im Gemeindeparlament (Personalkosten 4 Std. in LK 11 und Materialkosten)

2. Wie gross ist der Zeit-Aufwand einen Antrag zu beantworten als Grundlage für die Parlamentsdebatte über dessen Erheblichkeitserklärung. Bitte illustriert die Antwort mit konkreten Beispielen.

s. Antwort 1

3. Was ist der durchschnittliche Stundensatz der Mitarbeitenden und Stadtratsmitglieder, die in die Beantwortung der Vorstösse involviert sind?

Sachbearbeitung (inkl. Overheadkosten) gerundet 75.-/Std.
Vorstossbeantwortung durch interne Fachleute 140.-/Std.

4. Welchen Zeit-Aufwand erzeugte die Beantwortung dieser Interpellation im Stadtrat und in der Stadtverwaltung?

Stadtverwaltung: 2 Std. (Recherche 2003, Verfassen Beantwortung)
Direktionsvorsteher und Gesamtstadtrat: 2 Std.
Ferner: Supportpauschale

5. Was hält der Stadtrat von der Idee bei der Beantwortung von Vorstössen den Aufwand mit anzugeben?

Die wesentlichen Punkte wurden bereits unter den grundsätzlichen Überlegungen erwähnt. Die für die Beantwortung anfallenden Kosten sind nur ein Element für die «Bewertung» eines Vorstosses. Das Aufzeigen dieser Kosten dürfte zudem kaum eine entscheidende Wirkung auf die Anzahl und die Qualität der eingereichten Vorstösse haben. Nach Ansicht des Stadtrates könnten in dieser Hinsicht die Fraktionen eine regulierende Wirkung wahrnehmen, indem die Anliegen der Fraktionsmitglieder an den Fraktionssitzungen besprochen würden. Dann könnten erfahrene Mitglieder bereits vorliegende Informationen weitergeben und beispielsweise auch darauf aufmerksam machen, wenn zum gleichen Anliegen schon andere Vorstösse eingereicht wurden.

Mitteilung an:
Gemeindeparlament
Parlamentsakten
Direktionsleiter entsprechende Direktion
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

Stadtkanzlei Olten
Der Stadtschreiber:

